

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. April 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die sonstigen Preismarkte; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Preismarkte; Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die sonstigen Preismarkte; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Preismarkte.

Nr. 46

Die letztmalige Beitragserhöhung

Hat die Gauvorsteherkonferenz die Stimmung auf dem Lande gekannt?

Die Schraube ohne Ende, die man sonst nur in bezug auf die Steuern in Wirklichkeit glaubte, scheint jetzt auch ihr Arbeitsgebiet auf den Beitrag unserer Berufsorganisation ausgedehnt zu haben. Wir sind überzeugt, daß die Gauvorsteherkonferenz in Berlin, deren Teilnehmer sich durchweg aus Großstadtkollegen zusammensetzte, doch nicht so ohne weiteres zugestimmt hätte, wenn sie sich über die wirkliche Stimmung in der Kollegenchaft auf dem Lande klar gewesen wäre. Ist es doch Tatsache, daß man teilweise auf dem Lande die Gauvorsteher nur dem Namen nach kennt; wie kann denn solcher die Stimmung auf dem Lande kennen?

Es stellt sich in der der Beitragserhöhung beigegebenen Begründung ja so schön: „Die Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder müßten die gleichen sein“; nur sind wir der Überzeugung, daß bei den verchiedenen Verordnungen über die jeweiligen Steuerungsanlagen allzuwenig nach diesem eigentlich selbstverständlichen Grundsatz gebachtet worden ist, denn sonst wäre die Differenz zwischen der Lohnhöhe der Großstadt- und der Provinzkollegen nicht eine so gewaltige geworden. Heute weiß jeder Schuljunge hier, daß man in der großen Stadt alles billiger kauft als auf dem Lande; selbst das zu Eltern so vielbegehrte Landel, das in den Frankfurter Geschäften zu 1,40 Mk. angeboten wurde, war hier in Limburg im Laden schon 1,70 Mk. wert. Daß man trotz der hohen Eisenbahnfahrtskosten vom Land in die Großstadt fährt, um dort billiger als am Orte zu kaufen, lehnen die Berliner Konferenzteilnehmer auch nicht zu wissen.

Es ist endlich an der Zeit, daß bei Lohnberatungen den Provinzkollegen eine höhere Lohnzulage gewährt wird als denen der Großstadt; mit den Fabrikkollegen zur Arbeitsstätte und den leeren Wohnungen ist deren Vorgehensbehandlung weiter nicht mehr zu begründen. Daß die Großstadtkollegen finanziell besser daran sind als wir, ist ja in den Auslassungen der Beihilfenvertreter selber zu lesen, da sie in den größeren Druckorten keinen Widerstand gegen die Beitragserhöhung erwarten, sondern nur in der Provinz. Denn daß die einen weniger Verständnis für die Interessen und Notwendigkeiten der Organisation haben als die anderen, glauben die Beihilfenvertreter doch selber nicht. Daß die Provinzkollegen am meisten die Verbandsdisziplin gekannt und gewahrt haben, trotzdem gerade sie die größte Ursache hätten, aus der Reihe zu tanzen wegen ihrer dauernden Hintanhaltung, ist doch bekannt. Wenn es aber Beitrag zahlen heißt, weiß man natürlich, daß auch wir vom Lande Pflichten haben.

Es muß endlich einmal gesagt werden, daß wir am Ende sind; wir können den jetzt beschlossenen Beitrag nicht mehr erdulden. Ein Sturm der Entrüstung ging beim Studium der betreffenden „Korr.“-Nummer durch die Kollegenchaft unseres Ortes. Und dann diese Eile! Brennt Rom wirklich so, daß man über die Köpfe der Mitglieder hinweg einfach beschließen muß? Nein! Urabstimmung verlangen wir! Die gesamte Kollegenchaft soll über die Höhe des Beitrags entscheiden, wie es recht und billig ist. Wir sind nicht gewillt, vom grünen Tisch aus über uns diktieren zu lassen!

Limburg.

Sermann Frohbeim.

Roschrei aus der Kleinstadt

Die am 27. März in Kraft getretene Verbandsbeitrags-erhöhung um 1 Mk. hat in der hiesigen Kollegenchaft viel böses Blut gemacht. Wir leben in kleiner Stadt ebenso teuer wie in der Großstadt; ja, was Kleidung anbelangt, noch teurer, da unser Ort meistens Industrie aufweist. Trotz älteren Berufes verdienen wir doch immer keinen Lokalzulage erhalten; warum, ist uns rätselhaft. (Nach dem schon herausgegebenen Kreisamtsbericht ist Kronach mit 5 Proz. Lokalzulage vorgesehen, warum so wenig?) Man sollte doch zu solchen Beratungen mehr Kollegen aus der Kleinstadt hinzuziehen, denn die Kollegen der Großstadt denken wunder wie billig man in der Kleinstadt lebt und äußern auch dementsprechend ihre falsche Meinung.

Was den Lohn anbetrifft, so stehen wir Buchdrucker hier an zehnter Stelle von allen Berufen, viele ungelernete Arbeiter haben mehr Lohn wie wir. Sieht man

beiter muß aber so viel Verbandsbeitrag zahlen wie die Buchdrucker. Pro Woche 6 Mk., das ist schon allerschwer, und dazu einen solchen schlechten Tarif. Wie reimt sich dies zusammen? Ein Porzellanarbeiter hat z. B. rund 300 Mk. und auch mehr die Woche und zahlt nur 2,50 Mk. Verbandsbeitrag. Auch die Unterführungsstärke stehen in keinem Verhältnis zum Verbandsbeitrage. Hier sind Kollegen mit Knapp 140 bis 156 Mk. Lohn nach Steuerabzug — und dann 6 Mk. Verbandsgeld! Andere Bernke mit doppelt so hohem Lohn nur halb so viel, ja noch weniger Verbandsbeitrag. Dies ist entschieden zu hoch. Und all dies geschieht immer in förmlicher Über-rumpfung. Hier muß entschieden Wandel geschaffen werden, und zwar recht bald!

Kronach.

O. F.

Warum auch die Minderjährigen?

Erlaunt bin ich über die Bekanntmachung in Nr. 34 des „Korr.“: Erhöhung des Verbandsbeitrags um 1 Mk.! Ich bin der Ansicht und Meinung, daß da noch ein Zusatz fehlt, nämlich: „für die tariflichen Altersklassen B und C“. Denn wie kann man verlangen, daß die sogenannten Minderjährigen einlehen, daß alles teurer wird? Diese Teuerung besteht doch nicht etwa nur für Klasse B und C und die, die ihre Gehälter und Löhne aus der Verbands-kasse beziehen. Man will ja nicht einsehen, daß auch für uns alles teurer wird, denn man hat die Klasse A übergegangen. Die jungen Kollegen bekommen vielleicht etwas geschenkt beim Kaufmann? Sind nicht viele von ihnen gleichbedeutend mit einem Familienvater? Wieviele Väter sind draußen auf dem Felde geblieben, und wie viele sind durch die schlechte Ernährung dahingegangen? Wieviele junge Kollegen werden also die einzige Stütze der vielleicht kränkeltenden Mutter und Geschwister sein.

Warum also schließt man uns von dem einen aus und zieht uns zu dem andern hinzu? Gleiches Recht für alle!

Frankfurt a. d. O.

H. K.

Warum keine Urabstimmung?

Also schon wieder einmal eine Erhöhung des Verbandsbeitrags! Ich habe also doch recht gehabt, wenn ich bei der letzten Erhöhung des Beitrags sagte, daß das noch nicht die letzte sein würde. Bei der jetzigen Beitragserhöhung muß man sich doch einmal fragen, weshalb denn schon wieder Erhöhung? Man hätte eigentlich klug gehandelt, wenn man sich gelagert hätte, unsere Mitglieder sagen ja zu allem Ja und Amen; da ist es wohl am besten, wir erhöhen den Beitrag gleich auf volle 10 Mk. Denn man muß sich doch fragen, auch die letzte Erhöhung ist wohl kaum die letzte sein. Wenn man denn schon einmal dabei ist, Schätze zu sammeln und lagende Erben zu machen, dann soll man es doch bald tun, denn was der Mensch hat, das kann ihm keiner mehr nehmen. Ich erinnere mich eines Artikels, in dem ein Kollege empfahl, einen vollen Stundenlohn als Verbandsbeitrag zu erheben, und möchte dazu bemerken, daß wir in unferm kleinen Ortsverein doch schon seit einiger Zeit einen Stundenlohn als Beitrag zahlen. Wer die letzte Verbandskammer im „Korr.“ gesehen hat, der wird wohl kaum zugeben können, daß man ohne eine weitere Beitragserhöhung nicht mehr auskommen kann.

Ich hätte trotzdem gegen diese letzte Beitragserhöhung nichts einzuwenden, wenn ich auf der andern Seite eine entsprechende Gegenleistung sehen würde. Ich will ferner behaupten, daß wir trotz unserer hohen Beitragsleistung, wie sie ihn keine andre Organisation hat, im Verhältnis hierzu die schlechtesten Unterführungsstärke und auch Löhne haben! Eobnd hat eine Lohn-erhöhung resp. Mittelschichtbeihilfe „herausgeholt“ hal, glaubt man auch gleich, die Mitglieder seien jetzt „sturm-reif“ für eine Beitragserhöhung.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gleichzeitig empfehlen, bei jeder wichtigen Sache, wozu ich auf eine Beitragserhöhung rede, die Mitglieder erst darüber abstimmen zu lassen, ob sie für oder dagegen sind.

Reichenbach i. Echl.

L. R.

Eine andre Seite der Beitragserhöhung

Von jedem einseitigen Kollegen wurde die letzte Beitragserhöhung mit Freuden begrüßt, trotzdem sie so gering ist, daß sie in ihrer praktischen Auswirkung gegebenenfalls gar nicht sehr ins Gewicht fällt. Wir leben nun einmal

in einer Zeit der „Opfer“, und es hätte nichts geschadet, wenn in dieser Hinsicht an die Opferwilligkeit der Kollegen etwas höhere Anforderungen gestellt worden wären.

Eines jedoch ist mir wie vielen andern Kollegen unverständlich, und zwar, daß auch von dieser geringen Erhöhung 12 „Proz. in die Gauhallen zurückfließen. Dem Gau einlehen durch die Einziehung des um 1 Mk. höheren Beitrags keinerlei Mehrkosten, so daß es völlig ungerechtfertigt erscheint, ihnen den achten Teil des zur Stärkung unserer Zentralkasse unbedingt notwendigen Beitrags zuzuwenden. Können die Gauen, die vollständige Selbstverwaltung haben, mit dem zur Verfügung stehenden Geld nicht aus. So mögen sie durch ihre zuständigen Instanzen den Gaubeitrag erhöhen lassen, aber — so merken dies die Mitglieder nicht, wenn die Gaubeiträge auf dem Niveau über Berlin erhöht werden.

Durch den Beschluß der Münchener Generalversammlung sind den Gauen 12 „Proz. zugesichert, aber in diesem Beschluß kommt an keiner Stelle zum Ausdruck, daß für besondere, nicht von der Generalversammlung genehmigte, jedoch durch die Zeit und angesichts der gespannten Situation bedingte Erhöhungen der gleiche Betrag an die Gauen zurückzuführen habe. Diese Maßnahme muß den Eindruck erwecken, daß hier ein gewisser Partikularismus herrscht, der unserer Zentralkasse nur zum Schaden gereicht und teilweise den Zweck der Beitragserhöhung illusorisch macht. Und dagegen müssen wir uns wenden!

V. L.

Zu den Proletstimmen

Die vier Artikel aus Limburg, Kronach, Reichenbach i. Echl. und Frankfurt a. d. O. kann die Redaktion nicht ohne einige Randbemerkungen hinausgehen lassen. Im Gegensatz zu dem „Korr.“, der uns Chemnitz, also — aus einer im Lokalzulage noch ungünstig dastehenden Großstadt stammt und einen recht bedrängten familiären Verhältnis lebende Kollegen zum Verfasser hat, der trotz dem die vorgenommene Beitragserhöhung für zu geringfügig hält, kommen sie aus kleinen Provinzorten. Der Limburger Artikel spricht es deutlich aus, daß damit die Meinung aller Mitglieder am Orte zum Ausdruck kommt, und er würde für den Verbandsgeist der dortigen Kollegen noch ungünstigere Auslassungen wiedergeben, wenn die Redaktion das Organisationsinteresse nicht durch Streichungen besser zu wahren wüßte. Wenn nach diesen vier Proletstimmen auf die ganze Provinz verallgemeinert werden sollte, müßte das Urteil schließlich ausfallen. Wir wollen aber der Provinzkollegenchaft insgesamt nicht eine so ungünstig lautende generalisierende Note ausstellen, doch war kann leider auch lazen, daß mit diesen vier Proletstimmen allein nicht der gesamte Ansturm in der Provinz über die letztmalige Beitragserhöhung erspäßt ist.

Wir sind die Mühe nehmen wollte, die in diesem Jahre bis jetzt aus Provinzorten gebrachten 24 Artikel über Lohn, Beitrag oder Kampffondsgründung noch einmal zu lesen und die vier Provinzstimmen entgegenzunehmen, der würde sich wundern, welcher Widerspruch zwischen Provinz und Provinz besteht. Wieviele Kollegen, die in den Februartagen in Verammlungen und im „Korr.“ der Kampffondsstimme begeisterte Förderer waren, werden nun wohl merken, daß man auch die in gewissen Mitgliederkreisen zu findenden Imponderabilien nicht übersehen darf. Welche Beitragserhöhungen kamen von ihnen damals in Vorschlag, und wie wird jetzt zum Teil über sie eine Mark gemurmelt! Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus sind die vier Proletstimmen bedauerlich, denn der aus ihnen sprechende Sinn wurde uns wahrhaftig nicht wehrhafter machen zur Führung des wirtschaftlichen Kampfes.

Vertieft man sich in die Gedankengänge der Artikel-schreiber, dann ergibt sich, daß der Verbandsbeitrag an sich zu hoch wäre in Anbetracht unserer Löhne, daß im besonderen die in tariflicher Ausnahmestellung befindlichen Kollegen (Minderjährige) von der letzten Erhöhung ausgenommen sein sollten, daß ferner eine Urabstimmung darüber hätte stattfinden sollen. Wie vier Artikel-schreiber haben zunächst auf die „Anerkennung“ Anspruch, die in dem Artikel von der Gauvorsteherkonferenz auf der dritten Seite zu findenden Ausführungen zur Beitragserhöhung nicht geleistet zu haben. Es ist allerdings anzugeben, daß diejeni- en Kollegen, die in ihren Ortsvereinsammlungen das Referat eines Konferenzteilnehmers darüber hören konnten und so noch manches erfahren, was in der großen Öffentlichkeit des „Korr.“ zu sagen doch Bedenken haben würde, schwerlich Veranlassung gefunden hätten, sich nach Lage unserer

Finanzverhältnisse gegen eine doch in beschränktem Rahmen sich haltende Beitragserhöhung zu wenden. Was haben da andererseits die aus der Kollegenchaft selbst gekommenen Mittel über die Finanzmittel der Gewerkschaften (Nr. 21) genügt? War nichts!

Vielleicht begreifen die Artikelbeschreiber noch, daß sie falsch reiten, wenn man ihnen mit rechnerischen Vergleichen kommt. Der einschlägliche der für die Hoffstandsunterstützung zu entrichtenden 1 Mk. nun 5,50 Mk. betragende Verbandsbeitrag hat sich gegen die Friedenszeit um 400 Prozent erhöht. Der Lohn in einem Orte mit 7 1/2 Proz. Lokalzuschlag (um in den Provinzverhältnissen zu bleiben) einschlägig Wirtschaftsbetriebe um 660 Proz. Das Verbandsvermögen hat aber bis Ende 1921 nur um 37 Proz. zugenommen. Das Mißverhältnis ist also nur beim finanziellen Stand unserer Organisation zu finden. Wenn die Leistungen auf dem Unterstützungsgebiet auch nicht verbandstüßend größer geworden sind, so bildeben, auch in Betracht der beträchtlich gestiegenen Ausgaben für rein gewerkschaftliche Zwecke, die Beitragserhöhungen doch dahinter zurück. Die mancherlei Nachwirkungen des Krieges würden das mit der Zeit noch mehr hervortreten lassen, wenn nicht durch die Beitragserhöhung um 1 Mk. weiteren vorgebeugt worden wäre. Etwas müßten die Artikelbeschreiber auch davon verstehen, was die 15 1/2 Millionen Verbandsvermögen bei der heuligen Geldentwertung nur belagen.

Was fehlt von Provinz- und von jüngeren Kollegen häufig herausgesehen wird mit den Schlagwörtern „Gleiches Recht für alle“ oder „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ ist eine Verwechslung der Begriffe. Nach solchen Grundgedanken dürfen keine Lokalzuschläge bestehen, sondern in Berlin wie in Süßen müßte es gleichen Lohn geben. Die seit 1902 im Carl befindliche Staffelnung nach drei Altersklassen (mit den Neuausgetretenen sogar vier) dürfte nicht existieren. Auch der tarifliche Zuschlag für Maschinenleiter würde gegen die Gleichheit des Verbandsbeitrags ins Feld zu führen sein. In organisatorischer Beziehung dürfte es keine Altersklassen bei der Beitragsberechnung geben, denn es zählt doch ein jeder den gleichen Beitrag! Wo sollte das alles hinühren? In der Provinz haben bis zur stärkeren Durchsetzung der seit 1896 bestehenden neuen Tarifgemeinschaft auf dem großen Teile schlechte und manchmal auch einfach jämmerliche Lohnverhältnisse geherrscht — gegen die Gleichheit im Verbandsbeitrage zu remonstrieren, fiel aber niemand ein. Bei den Tarifrevisionen bis 1911 konnten die über Minimum Entlohnungen (später die mit mehr als 3 Mk.) leben, wie sie zu der durch die Tarifverhandlungen herausgeprägten Lohnverhöhung kamen — an Rücksichtlichkeit daraus auf die Beitragshöhe zu denken, kam keinem dieser Kollegen in den Sinn. Als bei den ersten Steuererhöhungen die Berechner ausfielen und dann die Höherentlohnungen bis zur dritten, und daß sie von da ab abgestuft weniger erhielten als die andern Kollegen, hat die jüngeren Kollegen nicht im geringsten ausgeregt; die Betroffenen aber dachten mit keinem Gedanken daran, daß sie nun weniger Beitrag zu zahlen brauchen. Wir wollten nur einmal leben, wenn bei uns die Beitragsstaffelung mit deren unumgänglicher Unterstützungsstaffelung eingeführt werden sollte, was dann die leib Entwürfen lagen würden!

Wer Abstraktion über eine Beitragserhöhung fordert, sollte auch die Voraussetzungen dazu kennen. Wir empfehlen den Betreffenden, das Referat des Kollegen Prox auf der Nürnberger Generalversammlung (S. 280) darüber nachzulesen und sich auch aus dem Verbandsstatut (S. 9 10) zu informieren, was alles zu den Aufgaben des Verbandsvorstandes gehört. Dann entfallen solche Angriffe wie aus Nürnberg und Reichenbach i. Schl. Abtrügnen würden bei einer Abstraktion über Beitragsverhöhung die Opponenten ihr blaues Wunder erleben. Den minderjährigen Kollegen aus Frankfurt a. d. O. verweisen wir auf das in Nr. 44 (Zeitarbeits) über die Unterhaltungsverpflichteten Gesagte.

Dem Chemnitzer Kollegen wäre nur zu erwidern, daß auf der Gauvorsitzerkonferenz von einigen Gauen Klage geführt wurde, daß die mit den Lehrlingsabteilungen verbundene Arbeit zu viel von der den Gauen zulebenden Remuneration verzehre, so daß sie nicht auskommen könnten mit dem Gage von Nürnberg.

In der „Zeitschrift“ (Nr. 15) hat ein verständnisvoller Artikel über „Großstadt und Provinz“ gestanden. Wir werden ihn gelegentlich besprechen. Was in den vier Provinzartikeln umfänglich aber zum Ausdruck kommt, können wir vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nur nochmals bedauern.

Verbandsfaktoren

Geht können wir vieles, getrennt und zerissen aber gar nichts erreichen, möchte ich dem Kollegen gleich am Anfang zurecht, der in Nr. 42 über „Freie Faktorenvereinigung und Verband“ geschrieben hat. Haben Sie, geehrter Kollege, noch nichts von Zerstückelung der Arbeiterchaft, Unterminierung der Gewerkschaften und Herabwürdigung der langjährigen, erprobten Gewerkschaftsführer gehört?

Als langjähriges Verbandsmitglied fordert mich die Aufmerksamkeit in den „Mitteilungen“ der Freien Faktorenvereinigung über die „Gefährdung“, in der sie doch nur mit scheelen Augen betrachtet werden! (Die Verbandsfaktoren nämlich), direkt heraus, der Wahrheit einmal die Ehre zu geben. Als Beweis lasse ich die beiden größten Ortsvereine, den Berliner und den Leipziger, des Faktorenbundes ins Auge; in den andern werden wohl die gleichen Verhältnisse vorhanden sein. Die heutzutage Prinzipien des Faktorenbundes sind ebenfalls: gewerkschaftliche Arbeit, bessere Gehalts- und Arbeitsbedingungen, Förderung des

geistigen und technischen Wissens seiner Mitglieder sowie Pflege der Kollegialität. Der Vorstand des Faktorenbundes legt sich aus in freier Wahl gewählten Kollegen zusammen. Es wird hier nicht nach der Verbandsmitgliedschaft gefragt, es herrscht Meinungsfreiheit; die besten Kollegen gebären zu dem Vorstande. Ja, sogar die höchsten Vorstandsmänner sind mit Verbandsmitgliedern besetzt. Ein Beweiser der wahren Unparteilichkeit und des festen Zusammenhaltens! Die so vielfach angezeigte Vertragsgemeinschaft, die selbstverständlich noch ausgebaut werden muß, ist wohl nicht das schlechteste Produkt dieses Faktorenbundes, der unnützig viel Feinde hat. Trotzdem glaube ich, daß dieser Bund für uns Verbandsmitglieder auf Grund seiner großen Mitgliederzahl in ganz Deutschland als ausgleichende für unsere Lebensfragen zu gelten; doch nur, wenn wir einig sind.

Wie steht es aber mit der Freien Faktorenvereinigung? Diese will erst ein neues Haus bauen und zugleich ein schon gut eingerichtetes Haus, den Faktorenbund, zerstören. Werter Herr Kollege, welche Geschäfte besorgt man damit? Wer ist dabei der lachende Dritte? Nennen Sie das die Interessen Ihrer Kollegen vertreten? Ich appelliere nicht nur an Ihr gutes Herz, sondern auch an Sinn und Verstand. Sind Sie wirklich so naiv, zu glauben, daß wir uns mit Schein Augen ansehen lassen? Besuchen Sie eine Bundeskonferenzversammlung, urteilen Sie selbst! Die Freie Faktorenvereinigung wird sich dann erübrigen, wie das bereits in Leipzig nach Ihrer Versammlung der Fall war. Darum sage ich nochmals: Keinen Neubau, sondern einen Ausbau des Faktorenbundes im Interesse der Kollegen.

Leipzig.

H. Lg.

Sinaus in die Ferne . . .

Drückt ihr mit blühender Kraft
auch die Schale der Wage nach unten —
Schwerer als euer Gewicht
drückt der papierene Strahl!

Die Zeit der Kongresse beginnt wieder; ein Kongreß folgt dem andern; alle zum Wohle der — Republikaner. Wenn es knospet und keimt, regt sich auch in vielen jungen Buchdruckerleuten der Drang zum Wandern. Wie viele aber gehören einem Wanderklub an? In der Frühe soll, am Abend leider wieder zurück. Wie viele möchten einmal zwei bis drei Monate ungeszwungen in den deutschen Gauen umherwandern. Selbst Kollegen, die als 19- und 20-jährige Kriegsteilnehmer weit herumgekommen sind, haben mit gegenüber diesen Wunsch geäußert. Ja, aber freiwillig für immer ihre Kondition verlassen, dies können sie nicht, dazu ist das Leben zu teuer. Meiner Meinung nach wäre es daher ratsam, wenn der Verbandsvorstand eine sogenannte Amnestie in Kürze würde erlassen:

daß diejenigen Kollegen, die auf die Reise gehen wollen, nach ihrer Rückkehr wieder bei ihrer alten Firma sofort mit vollen Rechten eintreten.

Es würde doppelte Freude geben: sowohl für die Wandernden als für die Arbeitslosen, denn für jeden Drucker müßte einer, für jeden Seher möglichst einer eingestellt werden für die Dauer der Abwesenheit des Wandernden. Speziell den Maschinenmeistern wäre es vonnöten; dieser Sparte wurden im letzten Jahrzehnt zwölf Lehrlinge zugeführt.

Will der wandernde Kollege einen Teil seiner Ferien zur Wanderung benutzen, so wäre auf der ersten Legitimation anzugeben, von welchem Tage erst Reiseunterstützung zu zahlen ist. Da viele Ortsvereine Mittagbrot bzw. Nachquartier geben, so ist das Wandern leichter gemacht, obwohl noch ein paar 50-Mark-Scheine aus der Privatbörse eigentlich nötig sind, denn das Quartier ist minimal und die vorjährige Anregung in meinem Artikel „Reorganisation der Herbergen“ wird wohl wenig befolgt worden sein, so daß manche gezwungen sein werden, in reinlichen Gasthöfen zu übernachten.

Die Nr. 36 des „Farr.“ ist mit vollen drei Seiten den Auswandernden gewidmet und im Gedicht des Mesbadener Kollegen W. W. spürt man so recht den Frühlingsschauer. So mag denn auch das Sehnen der früher Ausgewanderten gestillt werden: nach froher Wanderfahrt sofort wieder in Arbeit treten zu können!

In manchen Großstädten werden die Kollegen fleißig mütterlich behandelt. Als neubadener Kollege gab es einmal vor langen, langen Jahren für mich einen Lichtblick, als der Gau Leipzig seine Mitglieder nebst Angehörigen mit zwei Ertragslosen nach Dresden zu billigen Preisen beförderte. Sei, was das ein Leben auf dem „Weißen Hirsch“! Später las ich voller Neid im „Farr.“ den Verlauf einer Pfingsttour der Stuttgarter nach der Schweiz. Diesem Beispiele bin ich später als Wandernder gefolgt; es war die schönste Zeit meines Lebens. Aber fehlt kann an solche Exkursionen kaum noch gedacht werden, die Fahrpreise sind zu hoch geschneit. Am so mehr wünsche ich, der Verbandsvorstand möchte mit den Betriebsräten und den Prinzipalen den Wandernden den Wiederertritt in ihre Stellungen ermöglichen können.

Leipzig.

Alexander Richter.

Die Angestellten und Beamten im Baugewerbe zur Wohnungsfrage

Die Sachgruppe „Baugewerbe“ des Bundes der technischen Angestellten und Beamten beschäftigte sich in einer Versammlung in Berlin mit der herrschenden Wohnungsnot. Der Geschäftsführer dieser Organisation, namens Kaufmann, der Mitglied der Sozialisierungskommission ist, machte Vorschläge zur Beseitigung der Wohnungsnot,

wobei er darauf hinwies, daß gegenwärtig etwa 2000 Bau-techniker und 60000 Bauarbeiter arbeitslos sind. Kaufmann hat in Gemeindefällen mit andern Sachleuten einen Plan über das deutliche Bauprogramm von 1921 bis 1924 ausgearbeitet, den er in befragter Veranlassung erläuterte.

Nach den Darlegungen des Referenten lezterer liest der Wohnungsbedarf durch den Ausfall der Baufähigkeit in den letzten sieben Jahren auf 840000 Wohnungen. Hierzu kommen noch 160000 Wohnungen, die während der Jahre 1921—1924 normalerweise gebaut werden müßten, so daß nach Ansicht Kaufmanns innerhalb der nächsten vier Jahre 1480000 neue Wohnungen herzustellen sind, was eine Jahresproduktion von 370000 Wohnungen ergibt. Der Redner tritt vor allem für Schaffung gefunder Wohnungen ein; von den Mietshäusern müsse man zu Flachbauten übergehen; in Großstädten, wo an Gartenstadtbauten nicht gedacht werden könne, solle man Sechs- bis Achtfamilienhäuser bauen. Selbstverständlich seien die Baukosten zu hoch; man müßte unbedingt zu einer Senkung der Preise für die Baumaterialien kommen, und dies könne geschehen, denn die Preise seien in den letzten Jahren durch wahrhaftige Treibereien künstlich in die Höhe geschraubt worden. Besonders treffe dies auf die Eisen- und Zementindustrie zu. An die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft müßte daher die Gemeinwirtschaft treten. Wichtigste Voraussetzung für die Durchführung des von dem Redner aufgestellten Bauprogramms sei die Sicherstellung der Ziegeleierne, die nach den Berechnungen des Vortragenden leicht zu beschaffen seien. Die zur Ziegeleierne notwendigen Werte müßten allerdings entzogen werden. Eine Vollsozialisierung des gesamten Baugewerbes sei einer solchen Teilsozialisierung zwar vorzuziehen, doch habe Kaufmann in seinem Vorschlag aus realpolitischen Erwägungen davon Abstand nehmen müssen. Mit Recht betonte der Redner, daß eine Baufähigkeit nach gemeinwirtschaftlichen Grundgedanken die beste produktive Erwerbslosenfürsorge sei; Hunderttausende von Arbeitslosen würden allein im Aufbaue Beschäftigung finden, ebensoviele kämen für die Baufortfertigung in Betracht. Die erböhte Erwerbsfähigkeit im Baufache müßte aber logischerweise ihren Einfluß auf alle andern Industrien ausüben; auch würde die Konsumkraft weiler Volksklassen und dadurch der Arbeitnehmerkreis anderer Industriezweige geboben werden. Zur Beschaffung der notwendigen Mittel empfahl der Vortragende eine Reichsbauanleihe als Zwangsanleihe. Hinsichtlich der Organisierung der Bauleitung vertrat er den Standpunkt, daß das Reich bzw. die Allgemeinheit Bauherr und Ausführender zugleich sein müsse; ebenso die Allgemeinheit Geldgeber, Unternehmer und Eigentümer der zu erbauenden Häuser sein.

Die nach dem Vortrag eingehende Diskussion zeigte ein Für und Wider. Auch einige Interessenten waren zugegen, die sich naturgemäß gegen den Vorschlag auf Sozialisierung der Bauförderung und der Baufähigkeit wandten.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Bezirk Aller-Wefer. Die am 13. März in Sosa (Wefer) abgehaltene Bezirksversammlung war von 62 Kollegen besucht, vom Gauvorsitz in Bremen war Kollege Stöcklinger anwesend. Nicht vertreten waren die Druckerei Ellenthal, Rotenburg, Sultingen und Wilsbühde. Nachdem eines in russischer Kriegsgefangenschaft gelegentlich eines Fluchtversuchs erschossenen Kollegen und des verstorbenen Gewerkschaftsführers Regan in üblicher Weise gedacht, erstattete Vorsitzender Graa den Jahresbericht, aus dem hervorgehoben sei, daß am Schluß des Jahres 101 Mitglieder im Bezirk vorhanden waren. Die tariflichen Verhältnisse sind durchweg gut; wo sich Ungleichheiten zeigten, konnte durch das Eingreifen des Vorstandes eine zufriedenstellende Regelung erlangt werden, in einem Fall allerdings erst mit Hilfe des Schlichtungsausschusses. Die tariflichen Steuererhöhungen des letzten Jahres wurden auch in unserm ländlichen Bezirk als durchaus ungenügend empfunden, um so mehr, als in der für uns maßgebenden Großstadt Bremen die Bedürfnisse des täglichen Lebens zum großen Teil billiger eingehandelt werden können als „auf dem Lande“. Aus diesem Grunde wurden die Kollegen in fast allen Druckorten bei den Gehaltsinhabern vorstellig um Erhöhung bzw. Einführung von Lokalzuschlägen, und mit Benutzung konnte festgestellt werden, daß diese Verhandlungen guten Erfolg hatten. Dem Vorsitzenden wurde für seine Tätigkeit Entlohnung, ebenso dem Kassierer für die Jahresrechnung. Die Berichte aus den einzelnen Mitgliedschaften ergaben, daß es allenthalben gut vorwärts gegangen ist. Lebhaften Anstößen erregte es, als mitgeteilt wurde, daß in einer Druckerei in Snyke schon seit längerer Zeit in großem Umfang Arbeitsstunden geleistet werden müssen, die begründet werden mit Raumschwierigkeiten in dem betreffenden Geschäft, die eine Mehrleistung von Arbeitskräften unmöglich machen. Den in Frage kommenden Kollegen wurde aufgegeben, unter allen Umständen für Abhilfe zu sorgen. Grobe Entlohnung rief die von einer Firma in Sosa ausgeprochene Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes hervor, der die Interessen der Kollegen energisch vertreten hatte. Obwohl die Firma einen andern Grund für die Entlassung angegeben hatte, war die Veranlassung der Meinung, daß es sich um eine Maßregelung handele, gegen die mit aller Schärfe protestiert werden müsse. Zwei Kollegen wurden beauftragt, mit der Firma in Verbindung zu treten und die Zurücknahme der Kündigung zu fordern. (Diese ist dann zurückgenommen worden.) Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Bezirksbeitrag wurde um 10 Pf. wöchentlich erhöht, um die Ab-

haltung von zwei Bezirksversammlungen im Jahre zu ermöglichen, die für nötig gehalten wurden, damit den Kollegen Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden könne. Die nächste Herbstversammlung soll in Wilm stattfinden. Ein Schmerzenskind für unsern Bezirk ist die Lehrlingsorganisation. In allen Druckereien, wo Verbandsmitglieder arbeiten, sind die Lehrlinge ausnahmslos der Organisation beigetreten. Leider ist es infolge der räumlichen Ausdehnung des Bezirks und der vielen kleinen Druckereien nicht möglich, für die Lehrlinge diejenigen Einrichtungen und Veranstaltungen zu treffen, die in der Großstadt möglich sind. Deshalb ist es bei uns in der Hauptaufgabe der Kollegen in den einzelnen Druckereien, den Lehrlingen in allen Fragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und sie auch organisatorisch weiterzubilden. Im Mai soll eine Bezirkslehrlingsversammlung abgehalten werden. Aber die zur Sprache gebrachte Einrichtung eines Kampffonds für den Verband gingen die Ansichten auseinander. — Am Abend versammelten sich die Kollegen noch für einige Stunden bei frohem Spiel und Tanz gelegentlich der Feler des vierzehnten Stiftungsfestes des Ortsvereins Hoya.

Mugsburg. Am 14. März fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Eingangs wurde eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gedacht. Sodann wurde zur Kreisamtsprüfung Stellung genommen insofern sie die Neuregelung der Lokalaufsätze betrifft. Nach eingehender Diskussion wurde die Forderung der hiesigen Mitgliedschaft präzisiert und an den Gehilfenvertreter weitergeleitet. Sodann bildete die Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags den Gegenstand weiterer Beratungen, und schließlich wurde der Antrag auf Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags von 35 auf 60 M. unter Ablehnung zweier weitergehender Anträge einstimmig angenommen. Die Mitgliedschaft ist der Ansicht, daß die Vergrößerung des Aufgabenkreises der Ortsvereine, bedingt durch die Schaffung verschiedener Neueinrichtungen, auch eine größere finanzielle Unterstützung der ersteren durch den Gau erforderlich erscheinen lasse. Unter „Verschiedenem“ gelangten noch interne Angelegenheiten zur Erledigung.

Berlin. Außerordentliche Generalversammlung am 22. März. Tagesordnung: 1. Berichterstaltung von der Gauvorsteherkonferenz; 2. Festschließung des Gaubeitrags und erneute Stellungnahme zu der Überstundenabgabe. Die ausführliche Berichterstaltung des Kollegen Albrecht über die Gauvorsteherkonferenz zeltigte eine zweiwöchentliche Diskussion, die von allen Rednern in ruhiger und sachlicher Form geführt wurde. Von der A.P.D.-Opposition sprachen die Kollegen St. W. Schmidt und Engelmeier dem Verbandsvorstand ihre Anerkennung aus über die Stellungnahme zur Fraktionsbildung. Ersterer wandte sich jedoch gegen den Ausdruck „Gebundungsprozess“. Der selbige künstliche Reibehalt sei nur durch das verräterische Verhalten der A.P.D. geschaffen. Die Gauvorsteherkonferenz habe ihre Aufgabe nicht erfüllt. Bezüglich der Arbeitslosenfrage sei wenig positive Arbeit getrieben worden. Die Beschlüsse des A.P.D. in dieser Beziehung seien ja ganz gut; auf die Ausführung derselben werde man jedoch, wie schon des öfteren, vergeblich warten. Auch in der Lohnfrage sei ein Verlangen der zentralen Instanzen festzustellen. Entgegenstehende Schwierigkeiten sollten die Kampfpläne heigern. Der Verbandsvorstand solle sich nicht auf die Ansicht der Prinzipale verlassen, sondern sich auf den unausbleiblichen Kampf einstellen. Eine einzelne Gewerkschaft würde allerdings bei einem Streik unter den jetzigen Umständen unterliegen. Nur die gesamte Arbeitererschaft könne einen Kampf aufnehmen. Bei künftigen Lohnforderungen sollten auch die Erhöhungen der indirekten Steuern und die in Aussicht stehenden neuen Steuern (Reichswohnungssteuer und Melsteuer) berücksichtigt werden. Einer Erhöhung des Verbandsbeitrags sei zugestimmt, wenn damit die Kampfkraft erhöht werden soll. Kollege Barchniet verwahrte sich im Namen der A.P.D.-Opposition gegen den vom Kollegen Schmidt erhobenen Vorwurf der „Verräterei“ an der Arbeitererschaft. Es sei noch festzustellen, wo die größten Verräter zu finden sind. Auch ihm fehlt der Glaube an die Durchführbarkeit der Beschlüsse des A.P.D. Die Wirtschaftsbefehle sei bei dem Druck der Steuern auf das Lohnniveau häufig zu nennen. Nicht Wirtschaftsbefehle, sondern Lohnherabsetzung und ihre Ausdehnung auf die Klasse A sei notwendig. Er ist für eine Beitragsverhöhung nur, wenn damit ein Kampffonds geschaffen werden soll. In dieser Frage wäre eine Abstimmung unter der Kollegenchaft angebracht gewesen. Redner ging dann in längeren Ausführungen auf die seiner Ansicht nach ungenügenden Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz bezüglich der Befehle der Mittelmaschinen ein. Kollege Klebebeck vom Verbandsvorstand wandte sich gegen die Ausführungen des Vorredners in der Offizierfrage. Mit den Steinbrüchern, die im Grapolschen Bunde mit uns zusammenarbeiten, müsse man sich in kollegialer Weise auseinandersetzen. Die Erhöhung des Verbandsbeitrags war durch die finanzielle Lage des Verbandes, hervorgerufen durch die Entwertung des Geldes, geboten. Ein Kampffonds könne uns heute auch nicht helfen, es müsse an den Idealismus der Kollegen appelliert werden. Die Funktionäre seien sich der Tragweite eines eventuellen Streiks bewußt; bei ihnen seien nicht schöne Redensarten, sondern das Verantwortlichkeitsgefühl maßgebend. Beschlüsse des A.P.D. durchzuführen, wäre der damaligen Regierung wohl möglich gewesen. Durch die Uneinigkeit der Arbeitererschaft sei die jetzige Regierung aus Nider gekommen, unter der es natürlich schwieriger sei, Arbeiterforderungen durchzusetzen. Bei der unübersichtlichen Wirtschaftslage war es der Gauvorsteherkonferenz nicht möglich, schon jetzt bestimmte Forderungen aufzustellen. Er mache daher aufmerksam, daß im allgemeinen die Tendenz der Arbeitererschaft ist auf Vorwärts zu blicken. Sie

lege Fälle freute sich über die gelinde Kritik und die sachlichen Ausführungen der Opposition. Er glaubt daraus im allgemeinen die Zustimmung zu den Beschlüssen der Gauvorsteherkonferenz herleiten zu können. Bezüglich der Arbeitslosenfrage bewies die jetzige geringe Arbeitslosigkeit, daß die von den Funktionären in dieser Beziehung eingeschlagene Politik richtig gewesen sei. Im übrigen wies er auf die Wirkungen der Lehrlingskassa hin und zog Vergleiche mit andern Berufen. Streiks seien heute nicht mehr das Mittelmittel, weil sich die Bevölkerung durch den häufigen Mißbrauch dieses Kampfmittels schon daran gewöhnt hat. Bei den anlässlich der letzten Wirtschaftsbefehle eingegangenen zahlreichen Entlassungsentscheidungen aus den Mitgliedschaften müsse man sich manchmal auch die Verluste ansehen, von denen sie ausgehen. So sei z. B. festgestellt worden, daß der Veranlasser einer solchen Resolution und Vorhörer des in Betracht kommenden Ortsvereins, ein 37 Jahre alter Kollege, erst seit Oktober 1919 Mitglied des Verbandes sei. Nach Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte widerlegte Kollege Albrecht in einem kurzen Schlußwort die Bemängelungen der Diskussionsredner an der Fähigkeit der Gauvorsteherkonferenz. Unter Punkt 2 der Tagesordnung gab Kollege Massini einen kurzen Bericht über die mit den Berliner Prinzipalen eingeleitete Aussprache bezüglich der Einstellung der arbeitslosen Druckerkollegen und der Einstellung von Lehrlingen. Er wies darauf hin, daß Berlin im allgemeinen nie mehr wie 25 Proz. Lehrlinge zu verzeichnen gehabt habe. Hierin werde zum 1. April eine weitere Einschränkung eintreten, wovon in der Provinz an manchen Orten auf 100 Gehilfen noch 100 Lehrlinge kommen. (Das ist doch wohl zu schwarz gesehen. Red.) Bei der Unterbringung der arbeitslosen Drucker hätten die Prinzipale ihre Mitwirkung zugesagt. Es sei Sache der Vertrauensleute, sich nun auch darum zu kümmern, daß die Zahl der Überstunden weiterhin eingeschränkt werde. Mit dem insoweit angekommenen Arbeitslosenunterstützungsfonds von etwa 300000 M. hoffe der Gauvorstand über den Sommer hinwegzukommen. Er empfahl daher, die Besteuerung der Überstunden aufzuheben und den Gaubeitrag auf 6,50 M. beziehungsweise 9,50 M. für Kollegen, die wöchentlich 300 M. und darüber verdienen, festzusetzen. In einer ausgiebigen Diskussion wurde nur von zwei Rednern der Beibehaltung der 50prozentigen Überstundensteuer das Wort geredet, alle anderen erklärten sich für Aufhebung. Nach Ablehnung eines Antrags auf Erhebung eines Einheitsbeitrags von 8 M. wurde der Antrag des Gauvorstandes mit großer Mehrheit angenommen. Die Aufhebung der Überstundensteuer erfolgte ebenfalls mit großer Mehrheit. Angenommen wurde zum Schluß ein Vorschlag des Kollegen Massini, den Arbeitslosen, den über drei Wochen Kranken und den Invaliden eine einmalige Osterunterstützung von je 50 M. zu gewähren.

Berlin. (Schlußsatz.) Die außerordentliche Generalversammlung war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung schwach besucht. Kollege Barchniet brachte einen Antrag ein, als ersten Punkt der Tagesordnung die Lage in Mitteldeutschland zu besprechen. Die Abstimmung ergab eine Ablehnung. Durch die Aufhebung der Nacharbeit ist durch den hiesigen Strohkommissar eine neue Verfügung erlassen worden, wonach vom Stromverbrauch 50 Proz. des Tagesbedarfs nach 2 Uhr nachmittags entnommen werden müssen. Dadurch waren einzelne Oelereien gezwungen, statt um 7,30 Uhr um 9,30 Uhr mit der Arbeit zu beginnen. Es ist den Oelereien gelungen, durch technische Umstellungen der Verfügung nachzukommen, und die Arbeitszeit wie in allen übrigen Oelereien um 7,30 Uhr beginnen zu lassen. Aber die Reichskonferenz der Schrifflieger wurde eingehend berichtet. Ebenso berichtete der Gauleiter vom Verbands der Hilfsarbeiter über die Reichskonferenz der Hilfsarbeiter Deutschlands. Den Beschlüssen beider Konferenzen wurde ohne Diskussion zugestimmt. Die Neuwahl der Zentralkommission ergab die Wiederwahl der alten Mitglieder. Gemäß den Beschlüssen der Reichskonferenz der Schrifflieger wird die Zentralkommission erweitert; es wurde demzufolge ein Hilfsarbeiter und eine Hilfsarbeiterin in die erweiterte Zentralkommission gewählt.

H.-N. Bremen. Auf eine 50jährige Tätigkeit im Berufe können die Kollegen Kuhne, Sing, Rahn und C. Meier zurückblicken. Anlässlich dessen hatte der Vorstand des hiesigen Bezirksvereins zu einem Frühkommers am zweiten M.-Tage nach dem „Festtag“ eingeladen. Zahlreich waren die Kollegen der Einladung gefolgt, was als ein Zeichen dafür anzusehen ist, daß die hiesigen Kollegen der kollegialen Sache größtes Interesse entgegenbringen. Eingeleitet wurde die Feler durch zwei wirkungsvoll vorgetragene Nieder des Gesangsvereins „Gutenberg“, der sich auch hier wieder dankenswerterweise in den Dienst der kollegialen Sache gestellt hatte. Hierauf überbrachte Kollege Bertram im Auftrag des Gauvorstandes die Glückwünsche und überreichte den Jubilaren das übliche Diplom nebst einem Geldgeschenk; Kollege Fette als Vorsitzender des Bezirksvereins schloß sich dem an und übergab den Jubilaren ebenfalls ein Geldgeschenk. Letzterer nahm gleichzeitig Veranlassung, die Jungmannen, die nunnmehr die Lehre verlassen und aus der Lehrlingsabteilung in die Organisation übernommen werden, in unsern Reihen willkommen zu heißen und empfahl ihnen, sich diese alten Kämpen als Vorbild zu nehmen. Sodann wechselte er erste und hellere Vorträge einander ab und hielten die Kollegen bis in die Nachmittagsstunden in bester Stimmung beisammen.

Mar. Breslau. (Maschinenseher.) Am 3. April fand hier die Generalversammlung des Schließlichen Maschinensehervereins statt, die von Delegierten aus fast allen Bezirken besetzt war. U. a. gedachten Vorsitzender

Elmbach sowie Kollege Fentische (Wogau) in Worten der Anerkennung der rührigen Tätigkeit des aus der Zentralkommission geschiedenen Kollegen Bierab. Im Laufe der Verhandlungen kam man auch auf die nahe bevorstehende neue Papierverleuerung zu sprechen; schließlich wurde folgende Entschlieung, die an die Zentralkommission sowie an den Verbandsvorstand abgefaßt wurde, angenommen: „Eine neue schwere Belastung droht dem Zeitungsgewerbe. Die heute in Breslau lagende Generalversammlung des Schließlichen Maschinensehervereins, zu der Delegierte aus allen Bezirken Schließens herbeigeeilt sind, nimmt Stellung gegen die ungerechte, in naber Aussicht liegende erneute enorme Papierpreiserhöhung seitens der Papierfabrikanten Deutschlands. Wir erwarten von unserer Zentralkommission und unserer Verbandsleitung, daß auch sie unverzüglich die nötigen Schritte unternehmen, um dieser Prostitution mit aller Macht entgegenzuarbeiten; denn ohne Zweifel würde dem deutschen Zeitungsgewerbe damit ein schwerer Schlag verfehrt werden, worunter auch wir Maschinenseher in erster Linie durch einlebende Arbeitslosigkeit in Mitleidenchaft gezogen würden. Wir hoffen, daß seitens der maßgebenden Instanzen unsererseits kein Mittel unverfehrt bleibt, um unser Gewerbe vor dem Niedergange zu schützen.“ Hierauf wurde für die nächste Wanderversammlung, die Ende August/Anfang September stattfinden soll, Waldenburg in Aussicht genommen. Nach Erledigung einiger Anträge und einiger technischer Anfragen schloß sich an die Verhandlungen ein gemeinsames Mittagessen. — Nachmittags 3 Uhr fand die Feler des 20. Stiftungsfestes des Schließlichen Maschinensehervereins statt, bei der Kollege Schilling die Feltrede hielt und der zufällig als Gast anwesende Kollege Fleischer (Hirschberg) einen Rückblick auf die Vereinsgeschichte warf. Bei Konzert, Vorträgen, Verlosung und Tanz blieben die Provinzkollegen mit den Breslauern noch einige frohe Stunden vereint. Im Laufe des Abends traf auch ein Glückwunschtogramm der Zentralkommission ein.

Chemnitz. Mit dem 29. April beendet wiederum ein in der Chemnitzer Kollegenchaft liebgehabtes und im Gau seitens bekanntes Mitglied die 50jährige Zugehörigkeit zu unserm Verband. In voller geistiger und körperlicher Frische kann unser Linus Kraß den Tag begehen. Kurz nach Beendigung seiner Lehre bei der Firma Willsch gab er kurze Gastreisen in Berlin, Leipzig und Dortmund. Von 1875 an (nach seiner Entlassung vom Militär) konditionierte er in Dresden bis zum 1891er Streik. Es war ihm unbillig, nach dem Kampfe wieder dort Arbeit zu erhalten. In seiner Vaterstadt Chemnitz fand er diese und wurde sehr bald auch hier vom Vertrauen der Kollegen zum Gauassessor berufen, welches ihm er bereits in Dresden mehrere Jahre ausgeübt hatte. Nachdem unser Kraß seit 17 Jahren nicht mehr am Stalle steht (er ist in der Allgemeinen Ortskrankenkasse tätig), hat er jedoch seit dem 1. April in Chemnitz eine neue Generation; ein freier Freund und Berater wird er auch weiterhin bleiben. Die Chemnitzer Kollegenchaft wird am Sonnabend, dem 23. April, ihm und den Jubilaren zu Ehren, die 25 Jahre dem Verband angehörend, eine schlichte Feler mit unserm Verbandsvorsitzenden Selb als Referenten im Volkshause „Kolloseum“ begehen.

M. Düsseldorf. In der Versammlung vom 13. Februar gab der Vorsitzende einen Bericht über die Kreisamtsprüfung, von der er den Eindruck hatte, daß dieselbe die Kosten nicht wert gewesen sei, da bei ihr doch nichts herausgekommen. Aber das Ergebnis der Tarifausgleichsprüfung war die Meinung einstimmig, daß die Zulage völlig ungenügend sei. Auch darüber war man sich in der Versammlung klar, daß der Verband die Gelegenheit verpaßt habe, dem Unternehmertum gegenüber erfolgreich zu kämpfen. Die gedruckte vorliegende Klassenberichte wurden ausgelesen, den Kassierern Entlastung erteilt und hierauf noch ein neuer Revisor an Stelle eines ausscheidenden gewählt. — Die Versammlung vom 12. März zeltigte wiederum einen Bericht des Vorsitzenden über eine erneute Kreisamtsprüfung am 5. März, in der die Prinzipale schon mit dem Abbau der Induftriegebietzulage spielen und eine Stimmlosigkeit zu diesem Zweck eingeleitet wurde, die über Fortbestand oder Abbau der Zulage verhandelt sollte. Der Vorsitzende berichtete des weiteren über die Verhandlungen, die mit dem Vereine Düsseldorf der Buchdruckereibesitzer stattfanden, um über die neue Wirtschaftsbefehle zu verhandeln, die die Prinzipale auf den bei Abschluß des Streiks gewährten Vorschub annehmen wollten. Die Verhandlungen führten dazu, daß die 195 M. Wirtschaftsbefehle auf die gewährten Vorschüsse von 200 bzw. 300 M. angerechnet werden und der überschüssige Betrag als erledigt gilt. Für die Klasse A konnte selber nichts erreicht werden. Die Opposition konnte es bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, der Kommission Vorwürfe ob dieses Kompromisses zu machen. Einem ihrer Redner, der sich stets und auch bei dieser Gelegenheit in persönlichen Bemerkungen erging, wurde nach wiederholter Mahnung des Vorsitzenden durch die Versammlung das Wort entzogen. Zweiter Vorsitzender Graaf ging hierauf mit den Angreifern zu Gericht und konnte feststellen, daß der Sprecher, der sich am meisten gegen das Kompromiß ereifert hatte, in einer Schließungsentscheidung, ohne das Einverständnis seiner von ihm vertretenen Kollegen zu haben, selbst ein Kompromiß abgeschlossen habe. Sein Verles werde er aufhören, um das skandalöse Spiel der kommunalistischen Fraktion aus den Versammlungen fernzuhalten. Doch auch die Angriffe von anderer Seite gegen den Düsseldorf Vorstand nahm er unter die Lupe und bedauerte die Angriffe des früheren Gauvorstehers, Kollegen Albrecht, in einer fagener Versammlung. Er stellte fest, daß niemand außerhalb der Grenzen Düsseldorf das Recht habe, über unsre Be-

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzubringen.

Beilage zu Nr. 46 — Leipzig, den 21. April 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Gewerkschaftsrevue

Die schon im Jahre 1872 im „Volksstaat“ von August Bebel ausgesprochene Forderung, daß die Gewerkschaften das Mittel sein würden, eine Einigung der Parteien herbeizuführen, scheint sich erfüllen zu wollen. Weniger freilich in dem Sinne, als ob die Gewerkschaften die feindlichen Brüder zu verböhnen vermöchten, als vielmehr insofern, daß die Gewerkschaften die Aufgaben zur Lösung zu bringen vermöchten, die infolge der industriellen Revolution im Verhältnis der Klassen entstanden sind. Bereits am 20. März 1919 wurde unter großer Beteiligung beschlossen, eine Aktion zugunsten der Sozialisierung der Produktionsmittel einzuleiten. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen aus verschiedenen Ländern beschlossen dort u. a.: „In Anerkennung der großen Arbeit, die durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die organisierten im besonderen geleistet wurde, erklärt es der Kongress für notwendig, die Bestrebungen und die Aktion der Arbeiter aller Länder auf die Sozialisierung der Produktionsmittel zu richten, wobei er von der Erwägung ausgeht, daß die Gewerkschaften die Vorbedingung und Grundlage für die Verwirklichung der Sozialisierung bilden.“ Als ein Beweis dafür, wie tief dieser Wunsch in den Herzen der Masse lebt, sind die Machtkämpfe zwischen Kapital und Arbeit zu betrachten, die in einzelnen Ländern ausgefochten werden. Aus der hervorragenden wirtschaftspolitischen Bedeutung der Gewerkschaften leuchtet allenthalben der Wille hervor, über ihre engeren Ziele hinaus die ökonomische Kraft der Arbeiterklasse zur vollen Entwicklung zu bringen und diese Kraft zur Geltung zu bringen.

Der große Kampf der englischen Bergarbeiter läßt deutlich die Lage erkennen, in welcher sich England gegenwärtig befindet. Es handelt sich bei dem Kampfe, wie Otto Hue, der bekannte deutsche Bergarbeiterführer, überzeugend nachwies, nicht um einen Streik, sondern um eine Ausprägung der Arbeiter. Ein Causale der Arbeiterklasse war auch die brillante Regierung zu der Erkenntnis gelangt, daß man die Gewinnung und Verwertung eines für die Staatserhaltung so überaus notwendigen Rohstoffes wie der Kohle nicht der freien Bewirtschaftung durch private Interessenten überlassen dürfe. Der Bergbau wurde unter Regierungskontrolle gestellt, Preisbestimmung, Lohnhöhe und Unternehmerprofil unter die Direktion des Reichskohlenkommissars. Der Verfall der Verträge und das Kohlenabkommen von Spa haben Frankreich die Einrichtung eines Kohlenrohstoffbesitzes ermöglicht, das in erster Linie dem englischen Kohlenbergbau verhängnisvoll wurde. Um die Nachteile abzuwenden, drängten die privatkapitalistischen Bergberren in England auf die Wiedereinführung der freien Wirtschaft. Gegen die Stimmen der Arbeiterpartei hob das britische Parlament auf Vorschlag der Regierung und in Übereinstimmung mit den Grubenbesitzern die „Zwangswirtschaft“ auf. Die letzten Tarifverträge mit den Arbeitern, die teilweise ein Produkt des Generalstreiks der Bergarbeiter im November 1920 waren, fielen am 1. April d. J. ab. Ihre Erneuerung wurde von den Unternehmern abgelehnt, angeblich, „um freie Hand zu haben“. Es trat also ein vertragloser Zustand ein. Was das heißt, weiß jeder Gewerkschaftler nur zu genau. Privatkapitalistische Willkür sucht sich dann um so mehr durchzusetzen zum Schaden der Arbeiterklasse. So war es auch hier. In den meisten Bergbaudistrikten mußten die Arbeiter schon seit Monaten Forderungen und Mängelentwässerungen über sich ergehen lassen. Von dem nach dem einseitigen Abkommen im November 1920 im Verhältnis zu dem Erlös aus dem Kohlenexport um 1/4 bis 3 Schilling täglich geliegenden Lohnzuschlag wurde bereits im Februar etwa die Hälfte reduziert. In den Monaten Januar/Februar 1921 ging nämlich der Brennstoffexport sehr beträchtlich zurück. Der Ausfuhrwert fiel um 56,57 Proz. Dadurch verringerten sich automatisch die tariflichen Lohnzuschläge. Dazu kamen noch zahlreiche Forderungen. Nach Ablauf der Tarifverträge sollte es auf dieser tiefen Ebene weitergehen. Wie schon gesagt, lehnten die Bergwerksbesitzer am 1. April die Vereinbarung eines Reichsarbeits mit der Bergarbeiterorganisation ab, sie wollten nur noch Distriktsverträge gelten lassen und schloßen bedeutende Lohnkürzungen vor. Die Bildung eines unter Regierungskontrolle stehenden Ausgleichsfonds, aus welchem die Zubehöre durch die Ausbeutegruben subventioniert werden sollten, wurde von Arbeitern ablehnt, aber von Unternehmern und Regierung rundweg abgelehnt. Wie aus allernächsten Vergleichen der während der Gültigkeit des Tarifabkommens und nach seinem Ablauf gezahlten Löhne hervorgeht, sind die Lohnabzüge enorm und unannehmbar, weil sie keine Erlöse finden in den Preisen der Lebensmittel. Selbst bürgerliche Zeitungen erkannten an, daß die den Bergarbeitern zugewandten Lohnreduzierungen viel zu stark sind.

Die Organisationsleitung der englischen Bergarbeiter hatte alle diese Dinge vorausgesehen und demgemäß nicht unterlassen, vor der Aufhebung der Regierungskontrolle

über den Bergbau rechtzeitig und dringend zu warnen. Die englische Bergarbeiterorganisation will von der schrankenlosen privatkapitalistischen Unternehmerrwirtschaft nichts wissen; sie fordert vielmehr die Beibehaltung der Regierungskontrolle über die wichtigste Industrie des Landes. Die grundsätzliche Forderung der Bergarbeiter lautet auf die Nationalisierung des Bergbaus hinaus; zum mindesten wollen sie keine politische Aufhebung der Regierungskontrolle zu einer Zeit, wo eine offizielle Ausgleichsaktion nicht unentbehrlich geworden ist infolge der rückhaltlosen Unterstützung der französischen Nachpöhlh gegen Deutschland durch Lloyd George, die durch die Kampfhandlungen an der Westfront durch den Weltmarktwirtschafts England. Angesichts der am Erreichung dieser Ziele gerichteten Bemühungen der englischen Bergarbeiterorganisation und ihrer Einwirkungen auf die Regierungsorgane liegt in der gegebenen Körperlichkeit die noch zu leistende Arbeit in klarer Beurteilung der Zusammenhänge im Wirtschaftsleben niemals das Gefühl, ändern immer nur die. Vorhand obwalten lassen. Auch in dem ersten Widerstand gegen Lohnverkürzungen aber das Gefühl, die im englischen Unterbau von einem der führenden Köpfe der Arbeiterklasse ausgesprochene Überzeugung, daß es teurer ist, wirtschaftliche Mittel zuwenden und die Arbeiter durchzuführen als durchzukämpfen, heute nicht das Verantwortungsgefühl der englischen Gewerkschaftsführer gegenüber der Volksmeinung lehr treffend. Es liegt durchaus nicht so, wie die kapitalistische Presse der Entente und einige arbeitersindliche Blätter in Deutschland glauben machen mögen, als ob angesichts der Weigerung der englischen Bergarbeiter, den Vorkriegsstand der Regierung nachzukommen, das „nationale Leben“ Englands schwer bedroht sei durch das Vorgehen einer Arbeiterklasse, die — wie es in der Hefephase heißt — „in überstiegenem Wahrnehmung ihres Nationalinteresses die Wirtschaft des ganzen Landes und seine Ruhe und Ordnung dem größten Gefahren aussetzt“. Es war im höchsten Grade unglücklich, von den ausgesperrten Bergarbeitern, die gegen ihren Willen außerhalb der Werkstöße stehen, die Inangriffnahme der Pumpwerke usw. zu verlangen. Der darauf gerichtete Appell der Regierungsorgane und der Bergberren an das nationale Gemeinwohlgefühl der Bergarbeiter wurde zur gewissenlosen Phrasologie, weil dieselben Stellen den Bergarbeitern das Wort aus der Hand schlagen und mit vereinten Kräften versuchen, ihnen jedwedes Mittelverwehrend über die Produktionsverhältnisse im Bergbau zu verfügen. Die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in England, „Daily Herald“, schrieb unter der Überschrift „Der große Ruf“ zu Beginn des Kampfes, die Kapitalisten und ihre Regierungen hätten einen tödlichen Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse ausgeführt. Sie hätten dem Lande den großen industriellen Konflikt aufgeworfen. Die Hauptlast für die Arbeiter sei, fest zu stehen, sich ruhig zu verhalten und es abzuwehren, sich zu irgendwelchen ungelieblichen oder gewalttätigen Handlungen treiben zu lassen. Still zu verharren, sei die größte Kraft der Arbeiterklasse. „Der Kampf geht um eure Organisationen, eure Traditionen, euer Heim, euer Land, eure Frauen und Kinder, und ihr werdet ihn ruhig kämpfen, friedvoll und mit reinen Händen.“

Das unter solchen Umständen der Kampf auf Arbeiterseite mit Selbstakt und fester Entschlossenheit geführt wurde, ist ohne weiteres klar. Trotzdem blieb der Kampf durchweg auf das gewerkschaftliche Gebiet beschränkt. Die mit Ernst und Vernunft aufgestellten Forderungen wurden seit und lebhaft vertreten, auch im Parlament, unter geschickter Ausnutzung der kritischen Lage der Regierung und der Bergberren. Der weltliche Bergarbeiterabgeordnete Hartborn trat den Nagel auf den Kopf, wenn er im Unterhaus erklärte: „Es sind die Folgen von Versailles und Spa, die den Markt für unseren Kohlenexport gänzlich zerstört haben!“ Und ein anderer Bergarbeiterführer erklärte noch bestimmter, die letzte Urkatastrophe des Auslandes liege in der letzten Politik, die Lloyd George seit dem Jahre 1918 getrieben hat. Man würde nicht dulden, daß die französischen Sozialisten die deutschen Arbeiter verschlucken, und die von ihnen geforderten Kohlen, die jene umsonst erhalten, ändern Ländern verkaufen. Hierin liegt das Uebel der Welt. Die Überdewimmung Frankreichs und Belgiens mit deutscher Zwangskohle bewirkte die Stilllegung von englischen Gruben. Das bedeutete für die Bergwerksbesitzer eine starke Machtposition gegenüber der Arbeiterklasse, die sie denn auch rücksichtslos zum Lohnbruch ausnützte. Eine von den Arbeitern nachgelagte vermittelnde Hilfeleistung der Regierung wurde von dieser zunächst abgelehnt. In Anbetracht der vorhandenen großen Kohlenvorräte und der unzureichenden Geldmittel der Bergarbeiterorganisation glaubte sich die Regierung in Optimalismus wiegen zu können. Will der Verbindung des „kleinen Belagerungsstandes“, einer Nationalisierung

des Inlandverbrauches und einem Kohlenausfuhrverbot sollte sie die Bergarbeiter zur Strecke zu bringen. Damit würde (indessen auch anders, für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens wichtiger Arbeitergruppen, den Transportarbeitern und den Eisenbahnern, die Situation sofort klar. In der Erwägung, daß ein ungünstiger Ausgang des Bergarbeiterkampfes das Signal zu einer allgemeinen Kürzung der Löhne in England sein würde, erklärten sich die Transportarbeiter und die Eisenbahner mit den Bergarbeitern solidarisch.

Fest erst kam der Regierung der außerordentliche Ernst der Lage zum vollen Bewußtsein. Durch eine Ausweitung der Kampfhandlungen durch die Bergarbeiter wurde der Kohlenausfuhrverbot als Bedrohung der Wirtschaft zu fühlen, die aber durch perhorrible Maßnahmen ausfindigste Ausbeute zum Schutze der Bergwerke usw. die Witrus nur noch mehr. Lloyd George, der sich in letzter Zeit als Sozialist und Lobredner der Kommunisten hervorlief, klagte die Arbeiterklasse an, daß sie das Leben der Nation bedrohe. Darauf antwortete der Dreibund der Arbeiterklasse mit einer Kundgebung, in der es hieß: Wenn den Bergarbeitern nicht ein Angebot gemacht werde, dessen Annahme ihre Verbündeten im Arbeiterdreibund ihnen anemleben könnten, werde die Einstellung der Arbeit der Eisenbahner und Transportarbeiter beschlossen. Die Verantwortung der Regierung für die augenblickliche Lage sei sogar größer als die der Bergwerksbesitzer. Der Premierminister habe die organisierte Arbeiterklasse angeklagt, daß sie das Leben der Nation bedrohe. Wenn das Leben der Nation bedroht sei, so sei es das nicht durch die Arbeiterklasse, sondern durch Lloyd George und durch die Regierung, deren Haupt er sei. Die Arbeiterklasse werde zu der Auffassung gebracht, daß die augenblickliche Regierung kein unparteilicher Schlichter in industriellen Verhandlungen sei, sondern ein aktiver und gebieter Parteilager, und daß sie, während sie vom Frieden rede, durch ihr Verhalten zum Krieg ermittle. Außer der Einberufung der Parteien habe die Regierung noch eine freiwillige Streikkraft gebildet als Werkzeug, das gegen die organisierte Arbeiterklasse angewandt werden solle. Dadurch habe sie eine ernste Verantwortung auf sich genommen, Wutvergehen und Bürgerkrieg herauszufordern.

In einer gemeinsamen Verammlung der Dreibundauslässe der Eisenbahner und der Transportarbeiter wurde bereits am 8. April der Dreibundstreik, grundsätzlich beschlossen für den Fall, daß sich die Bergwerksbesitzer weigern, die Forderungen der letzteren zu begeben. Die Forderungen der letzteren bewegten sich in folgender Richtung: Allgemeine nationale Lohnregulierung, keine Distriktsregulierung, ferner Einrichtung einer gemeinsamen Landeskasse zur Einzahlung der Gewinne in der Kohlenindustrie. Daraus wurden von der Regierung neue Verhandlungen vorgeschlagen. Die Arbeiterführer erklärten dazu ihre Bereitwilligkeit, verlangten aber die Zustimmung, daß man ihnen keinerlei Bedingungen stelle. Die Arbeit werde nur zu den alten oder aber erhöhten Bedingungen wieder aufgenommen werden. Bei den gemeinsamen Verhandlungen gefanden die Grubenbesitzer nach anfänglicher beharrlicher Weigerung die verlangte Beteiligung am Ertrage der Gruben zu. Ferner willigten sie in die von den Arbeitern verlangten einheitlichen nationalen Lohnsätze mit dem Vorbehalt einer Aufteilung des Landes in verschiedene größere Distrikte, die gute und schlechte Gruben in gleicher Weise umfassen. Einzelsitzende Kommissionen sollten dann die Lohnhöhe auf der Grundlage der Distriktsverhältnisse festsetzen. Schließlich boten die Grubenbesitzer den Bergarbeitern finanzielle Hilfe bis zum August für die wenig einträglichen Gruben, die sonst geschlossen werden müßten. Diese Zugeständnisse lehnten jedoch die Bergarbeiterverbände ab, weil mit einem derartigen Kompromiß Durchgehendes auf dem Gebiete der Lohnfestsetzung nicht zu erreichen gewesen wäre. Die Bergarbeiter verlangten entschieden eine Einwirkung der englischen Regierung zugunsten ihrer vielen Forderungen, weil die Regierungspolitik die Hauptsache frage an der traurigen Lage der Arbeiterklasse. Demgemäß traten die Bergarbeiterführer dafür ein, die geforderte Tonne Kohlen mit einem Zuschlage von 3 bis 4 Schilling zu belegen, um aus dem Ergebnis einen Kohlenausgleich vorzunehmen. Diesen Plan lehnten aber Regierung und Bergberren ab, weil keine Durchführung eine Staatskontrolle notwendig machen würde, die angeblich die Initiative der Unternehmer lahm lege. Das entscheidende Stadium des Kampfes war jetzt erreicht. Ein Sieg der Bergarbeiter hätte die privatkapitalistische Gewaltpolitik Lloyd Georges erschultern, eine Niederlage der Arbeiter dagegen seine Stellung befestigen und damit zugleich die Politik der Bergberren.

Unter diesem Gesichtswinkel sehen ein allgemeiner Streik des Dreibundes der Gruben-, der Transport- und der Eisenbahnarbeiter unabweisbar. In allen Kreisen wurde denn auch stündlich mit feinstem Ausdruck gerechnet, als plötzlich, logischer über Nacht, eine unerwartete Wendung eintrat. Lloyd George und die Bergwerksbesitzer boten nämlich den Bergarbeitern neue Verhandlungen an; die letzteren erklärten sich sogar bereit, für eine gewisse Zeit auf Gewinne zu verzichten. Vom Volksgesundheitsausschusse der Bergarbeiter wurde aber gefordert, daß zunächst

